Kommunale Wärmeplanung

Kommunikation bleibt entscheidend

[05.11.2026] 83 Prozent der Kommunen sehen zusätzlichen Kommunikationsbedarf bei der Wärmeplanung. Die Kommunikationsagentur trurnit Pressewerk empfiehlt, Bürgerinnen und Bürger frühzeitig einzubeziehen und klar zwischen Planungen und verbindlichen Zusagen zu unterscheiden.

Die kommunale Wärmeplanung stellt Städte, Gemeinden und Stadtwerke vor neue Kommunikationsaufgaben. Wie die Kommunikationsagentur trurnit Pressewerk mitteilt, sehen 83 Prozent der 778 Städte, Gemeinden und Landkreise, die an der Kommunenbefragung 2026 des Kompetenzzentrums Kommunale Wärmewende (KWW) teilgenommen haben, zusätzlichen Kommunikationsbedarf, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu steigern. Die Agentur hat daraus vier Empfehlungen für die Praxis abgeleitet.

Die im September veröffentlichte KWW-Befragung zeigt zugleich, wie weit die kommunale Wärmeplanung fortgeschritten ist. Demnach befinden sich 40 Prozent der teilnehmenden Kommunen bereits in der Umsetzungsphase, während weitere 32 Prozent noch an ihren Wärmeplänen arbeiten. Allerdings halten 54 Prozent der Befragten das Zielszenario ihres Wärmeplans für eher unrealistisch oder unrealistisch.

Für Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern endete die gesetzliche Frist zur Erstellung eines Wärmeplans am 30. Juni 2026. Kleinere Kommunen haben grundsätzlich bis Mitte 2028 Zeit. Ziel ist eine treibhausgasneutrale Wärmeversorgung bis 2045.

Zwischen Planung und Umsetzung unterscheiden

Nach Angaben von trurnit Pressewerk besteht eine wesentliche Herausforderung darin, den Bürgerinnen und Bürgern die Bedeutung der Wärmeplanung für ihre eigene Versorgung zu vermitteln. Denn ein kommunaler Wärmeplan zeigt zunächst mögliche Wege für die künftige Wärmeversorgung auf. Er verpflichtet Eigentümer weder zum Austausch ihrer Heizung noch garantiert er einen späteren Anschluss an ein Wärmenetz. Bevor konkrete Projekte umgesetzt werden können, sind häufig weitere Machbarkeitsstudien, Wirtschaftlichkeitsprüfungen und politische Entscheidungen erforderlich.

„Die Menschen brauchen klare Informationen über ihre Möglichkeiten, Kosten und Zeitpläne“, erklärt Bianca Böttcher-Hüfner, Geschäftsführerin von trurnit Pressewerk. Wo noch keine Antworten möglich seien, müssten Kommunen und Stadtwerke offenlegen, welche Fragen geprüft werden und wann Entscheidungen anstehen.

Vier Empfehlungen für die Praxis

Die Agentur empfiehlt Kommunen und Stadtwerken, bereits während der Wärmeplanung den Dialog mit der Bevölkerung zu suchen. Informationsveranstaltungen und Beteiligungsformate sollen helfen, Fragen frühzeitig aufzugreifen. Dabei sollte auch deutlich werden, wie Rückmeldungen in die weitere Planung einfließen.

Zweitens sollten technische Planungen in konkrete Informationen für Hauseigentümer und Mieter übersetzt werden. Dazu gehören mögliche Heizlösungen, Kosten sowie verfügbare Beratungs- und Förderangebote.

Drittens rät trurnit Pressewerk dazu, konsequent zwischen beschlossenen Maßnahmen, laufenden Prüfungen und langfristigen Perspektiven zu unterscheiden. Ein ausgewiesenes Wärmenetzgebiet dürfe nicht mit einer verbindlichen Anschlusszusage verwechselt werden. Öffentlich zugängliche Informationen zum Projektstand könnten hier für Klarheit sorgen.

Schließlich empfiehlt die Agentur eine kontinuierliche Kommunikation über verschiedene Kanäle. Neben einer zentralen Website und lokaler Pressearbeit könnten soziale Medien, Informationsveranstaltungen und feste Ansprechpartner dazu beitragen, Bürger über Fortschritte und anstehende Entscheidungen zu informieren. Bei konkreten Bauvorhaben seien zusätzliche Informationen für die betroffenen Anwohner sinnvoll.

Voraussetzung dafür sei eine enge Abstimmung zwischen Kommunen, Stadtwerken, Netzbetreibern und Planungsbüros. Ein gemeinsames Kommunikationskonzept solle Zuständigkeiten klären und widersprüchliche Aussagen vermeiden.

(th)

Stichwörter: Wärmeversorgung, kommunale Wärmeplanung, Kompetenzzentrum Kommunale Wärmewende (KWW), trurnit Pressewerk